

Beschluss

Geflüchteten eine (berufliche) Perspektive geben

Gremium: Jusos Saalfeld-Rudolstadt, Jusos Nordhausen

Beschlussdatum: 16.09.2025

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung

Antragstext

- 1 Die Situation für Geflüchtete ist auf dem deutschen Arbeitsmarkt prekär. Auf der
2 einen Seite sind Sie auf staatlichen Sozialleistungen angewiesen und
3 Repressionen ausgesetzt. Auf der anderen Seite werden Ihnen viele Steine in den
4 (Arbeits-)Weg gelegt, die verhindern, dass sie einem Beruf nachgehen können und
5 Ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.
- 6 Statt nach unten zu treten, wollen wir die Menschen unterstützen und Ihnen eine
7 eigene Perspektive geben. Arbeit ist ein Motor für Integration und eine
8 Möglichkeit auf eigenen Beinen zu stehen, ohne von Sozialleistungen abhängig zu
9 sein. Gleichzeitig ist Thüringen durch den demografischen Wandel in besonderem
10 Maße auf Zuzug ausländischer Arbeits- und Fachkräfte angewiesen, um das
11 schrumpfende Arbeitskräftepotential auszugleichen. So sind bereits jetzt viele
12 gesellschaftlich bedeutende Berufe von einem massiven Engpass an Nachwuchs
13 bedroht – beispielsweise im Handwerk oder in den Pflege- und Gesundheitsberufen.
- 14 Um diese Herausforderungen gleichermaßen zu adressieren, fordern wir:
- 15 • die sofortige Abschaffung des Arbeitsverbots für Geflüchtete,
 - 16 • eine deutliche Ausweitung von (geförderten oder finanzierten) Sprachkursen
17 für Geflüchtete,
 - 18 • die Beschleunigung und Verbesserung von Verfahren zur Anerkennung von
19 Berufsabschlüssen und Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden.
- 20 Mit der Möglichkeit einer Arbeitsaufnahme hören die Herausforderungen für
21 zugezogene oder geflüchtete Personen allerdings nicht auf.
- 22 Darüber hinaus fordern wir deshalb:
- 23 • eine Ausweitung (geförderter oder finanzierte) berufsbegleitender und/oder
24 berufsspezifischer Sprachangebote für internationale Beschäftigte
 - 25 • eine Anhebung der Mindestauszubildendenvergütung.

Antragsbegründung

- Abschaffung von Arbeitsverboten

Arbeit ist aus jungsozialistischer Sicht ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Alle Menschen, unabhängig von der Herkunft, sollen von Anfang an die Chance bekommen, ihre Fähigkeiten einzubringen und sich eine Perspektive aufzubauen.

- Ausweitung von Sprachkursen

Sprache ist der Schlüssel zu Bildung, Arbeit und Partizipation. Zwar ist Integration keine Einbahnstraße und auch die Aufnahmegesellschaft hat sich zu wandeln, aber ohne ausreichende Sprachkenntnisse drohen gesellschaftliche Isolation, Diskriminierung und schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

- Verbesserung von Anerkennungsverfahren

Langwierige und komplexe Verfahren verschwenden das Potential von Menschen und verhindern, dass Sie in der Gesellschaft und nicht zuletzt am Arbeitsmarkt ankommen. Eine faire und schnelle Anerkennung fördert Chancengleichheit und ermöglicht die Nutzung vorhandener Qualifikationen zum Vorteil aller – außerdem wird dadurch Lohndumping begrenzt!

- Ausweitung berufsbegleitender und -bezogener Sprachkurse

Integration und Qualifikation endet nicht mit dem ersten Job. Vertiefte Sprachkenntnisse, insbesondere in dem fachlichen Bereich, in dem eine Person tätig ist, sind von hoher Bedeutung. Insofern ist es zielführend, Menschen in Arbeit zu vermitteln und sie gleichzeitig zu fördern. Das gilt besonders für die Sprache.

- Anhebung der Mindestauszubildendenvergütung

Höhere Vergütung für junge Menschen bedeuten soziale Gerechtigkeit, machen die Ausbildung attraktiver und bekämpfen somit den Fachkräftemangel. Vielfach ist besonders internationalen jungen Menschen die Bedeutung und Chance des dualen Ausbildungssystems in Deutschland nicht bewusst. Anderweitige Angebote, einer ungelernten Tätigkeit nachzugehen, erscheinen meist allein aufgrund der finanziell höheren Verfügung interessanter. Eine Anhebung würde dies verhindern.